Peter Moser

Volkswahl des Bundesrates, Asylgesetz und Bonzensteuer

Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 9.6.2013

So klar wie am letzten Sonntag nimmt das Stimmvolk selten Stellung. Im Schnitt aller vier Vorlagen betrug die Differenz des kantonalen Schlussresultats zur matchentscheidenden 50%-Marke hohe 25 Prozentpunkte. In den vergangenen zehn Jahren wurde dieser Wert an keinem Termin mit mehreren Vorlagen übertroffen. Unter den Gemeinden scherte nur das winzige Sternenberg (259 Stimmberechtigte) bei einer einzigen Vorlage aus: dort wurde die Bonzensteuerinitiative entgegen dem kantonalen Konsens mit einem Ja-Stimmenanteil von 55.5% angenommen. Die Stimmbeteiligung lag – wenn man sich auf jene Urnengänge beschränkt, bei denen ebenfalls kantonale und eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung gelangten – mit 41% leicht unter dem zehnjährigen Durchschnitt (43%).

Wirkliche Überraschungen gab es weder bei den eidgenössischen noch bei den kantonalen Vorlagen. Die SVP-Initiative zur Volkswahl des Bundesrates wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von nur 25.3% sehr klar verworfen. Damit ist es diesem Anliegen im Kanton Zürich nicht besser ergangen als bei den Anläufen vor 71 (1942 gab's immerhin 38.7% Ja) und 113 Jahren (1900: 28.0% Ja). Noch etwas deutlicher war das Resultat bei den "Dringlichen Änderungen des Asylgesetzes", die mit 79.7% Ja-Stimmenanteil angenommen wurden. Klarheit herrschte auch bei den beiden kantonalen Vorlagen. Das sogenannte "Hooligan-Konkordat" wurde mit 85.4% Ja-Stimmenanteil gutgeheissen, die Initiative der JUSO "Gegen Steuergeschenke für Superreiche", die sogenannte Bonzensteuerinitiative, fand hingegen nur 38.4% Befürworter.

Den kantonalen Schlussresultaten lässt sich das Niveau der Zustimmung zu einer Vorlage in der aktiv teilnehmenden Stimmbürgerschaft entnehmen. Wovon die Zustimmung abhing, bzw. wer wie abgestimmt haben könnte, zeigen sie hingegen nicht. Oft helfen hier die unterschiedlichen Ergebnisse aus den 171 Gemeinden des Kantons weiter. Die Varianz zwischen den Gemeinden ist die Voraussetzung für unsere Aggregatsdatenanalysen, bei denen die Abstimmungsresultate mit weiteren, gemeindeweise verfügbaren Indikatoren unter Verwendung statistischer Verfahren kombiniert werden. Grundsätzlich gilt, dass die Aussagekraft einer Aggregatsdatenanalyse, gemessen an ihrem statistischen und inhaltlichen Erklärungsgehalt, in aller Regel zunimmt, je stärker sich die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden unterscheiden, je mehr Varianz also vorhanden ist – und damit auch, je mehr Information die Daten bergen. Bei drei der vier Vorlagen des jüngsten Abstimmungstermins ist diese Voraussetzung erfüllt.

Die Ausnahme ist das Hooligan-Konkordat, bei dem die Spanne zwischen dem höchsten und dem tiefsten kommunalen Ja-Stimmenanteil bloss 14 Prozentpunkte betrug, was ein

¹ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenanten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger wie abstimmten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer umsichtig interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar – denn die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

sehr niedriger Wert ist. In den vergangenen zehn Jahren wurde er nur einmal knapp unterboten, nämlich im September 2010, als es um die völlig unbestrittene Anpassung der Zürcher Prozessordnung an die neuen Prozessgesetze des Bundes ging, die nur zu Abstimmung kam, weil dazu eine Verfassungsänderung notwendig war. Damals betrug die maximale Differenz zwischen zwei Gemeinderesultaten nur 13 Prozentpunkte. Im Kontext einer Aggregatsdatenanalyse ist die Streuung der Gemeinderesultate ein Indiz für die Polarisierungskraft einer Vorlage, d.h. für das Ausmass der Meinungsverschiedenheit, die sie zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auslöst. Allerdings gilt dabei die wichtige Einschränkung, dass diese Gruppen räumlich unterschiedlich verteilt sein müssen.

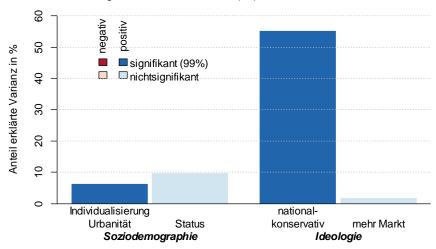
Eigentlich hätte man vom Hooligan-Thema etwas mehr Polarisierung erwartet als von der doch sehr trockenen Thematik der Anpassung der Zürcher Prozessordnung: Immerhin ging es ja um Fussball bzw. dessen Begleiterscheinungen! Wie dem auch sei: Aus den Gemeinderesultaten kann man in diesem Fall bloss schliessen, dass sich entweder das Zürcher Stimmvolk in dieser Sache ungewöhnlich einig war, wofür auch der hohe Ja-Stimmenanteil ein Indiz ist, oder dass allfällige Differenzen nur zwischen räumlich homogen verteilten Gruppen bestehen – und deshalb mit unserem Analyseverfahren nicht entdeckt werden können.

Für die übrigen Vorlagen ist die Analyse der Resultate mit unserem multivariaten Standardmodell² aber aussagekräftig. Dieses berücksichtigt die zweidimensionale ideologische Polarisierung der Politlandschaft des Kantons (siehe Moser 2005, 2011a, und Grafik 4 auf S. 5
dieser Publikation), wie auch zwei wesentliche sozialräumliche Strukturmerkmale – den sozialen Status und die Urbanität – der Gemeinden.

Keine Gnade für die Volkswahl des Bundesrates

Die Initiative der SVP fand, das zeigten bereits die Befragungen des gfs-Institutes im Vorfeld der Abstimmungen, nur bei ihrer eigenen Anhängerschaft (zumindest teilweise) Zustimmung (siehe gfs 2013). Auch die Evidenz der Zürcher Gemeinderesultate weist klar in diese Richtung, wie Grafik 1 deutlich macht.

Grafik 1: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Volkswahl des Bundesrats Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Volkswahl-Initiative, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 73%



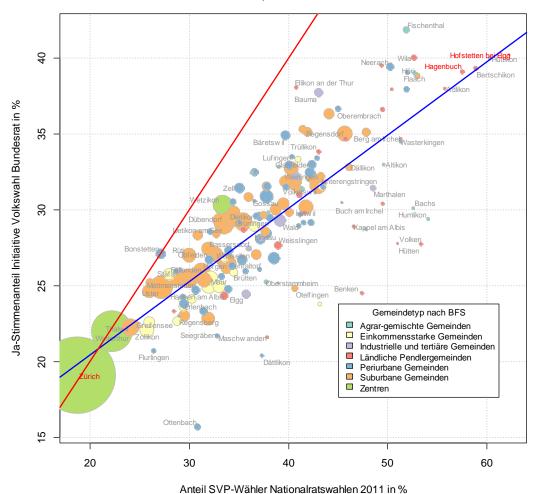
Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Volkswahl-Initiative. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die "Img"-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz "erklärt", würde die Gemeinderesultate fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist. Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

² Die Motivation und die Variablen des Modells sind in Moser 2009 ausführlich beschrieben. Anwendungsbeispiele finden sich in den meisten seitherigen Abstimmungsanalysen.

Die dominante Erklärungsdimension ist der Konservativ-Progressiv-Gegensatz der politischen Landkarte des Kantons Zürich, der allein mehr als die Hälfte (55%) der Varianz der Gemeinderesultate erklärt, was ein hoher Wert ist. Er korreliert stark mit dem SVP-Wähleranteil. Alle anderen Erklärungsdimensionen erweisen sich bei dieser Vorlage als bedeutungslos.

Grafik 2 zeigt deshalb den Zusammenhang zwischen dem Wähleranteil der SVP und dem Ja-Stimmenanteil der Initiative. Er ist sehr eng (R²=0.63), was sich daran erkennen lässt, dass sich die Gemeinden entlang der blauen Regressionslinie konzentrieren, welche den Zusammenhang stilisiert, d.h. als mathematische Funktion, beschreibt. Kennt man den SVP-Wähleranteil in einer Gemeinde, so kann man das Resultat der Initiative mit einiger Genauigkeit daraus ableiten.

Grafik 2: SVP-Wähleranteil und Zustimmung zur Volkswahl des Bundesrats Wähleranteil SVP in den Nationalratswahlen 2011 in %; Ja-Stimmenanteil zur Volkswahlinitiative in %.



Lesehilfe: auf der roten Linie entspräche der Ja-Stimmenanteil zur Initiative genau dem SVP-Wähleranteil. Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Als Faustregel könnte man diesen Zusammenhang etwa so formulieren: Pro zehn Prozentpunkte zusätzlichem SVP-Wähleranteil nimmt der Ja-Stimmenanteil zur Initiative um etwa fünf Prozentpunkte zu.³ Der Zusammenhang ist also nicht 1:1, sondern bloss 1:½. In der Stadt Zürich, wo die SVP nur etwa 20% Wähleranteil hat, entspricht der Ja-Stimmenanteil

3/10

Damit ist bloss die Steigung der Gerade beschrieben. Vollständig würde die Rechenvorschrift so lauten: Um den Ja-Stimmenanteil für die Initiative zu erhalten, teile man den SVP-Wähleranteil durch zwei und zähle zehn dazu – eine vollständige Geradengleichung hat ja meist auch einen Achsenabschnitt.

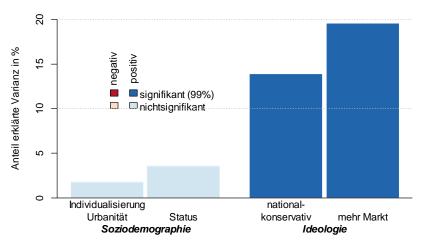
etwa diesem Prozentsatz. In Hofstetten (SVP-Wähleranteil: 62%), hinter Winterthur an der Grenze zum Thurgau gelegen, kommt die Initiative hingegen nur auf etwa 40% Ja-Stimmenanteil. In Hagenbuch (SVP-Wähleranteil: 57%) erhielt sogar die Bonzensteuerinitiative der JUSO etwas mehr Stimmen als die Volkswahl des Bundesrats (40% gegenüber 39%) – auf den mutmasslichen Grund dafür kommen wir weiter unten.

In den agrarischen Stammlanden der SVP, d.h. in jenen Gemeinden, in denen die SVP, trotz punktuellen Verlusten, auch heute noch einen Wähleranteil von über 50% hat, war die Begeisterung für die Volkswahl des Bundesrats vergleichsweise lau. Vielleicht liegt gerade darin auch die Erklärung: In den Gebieten, welche die SVP im Zuge ihrer programmatischen Neuorientierung seit Ende der 1980er Jahre erobert hat, vor allem in den grossen Agglomerationsgemeinden und in Zürich (zumal in Schwamendingen), speist sich die Attraktivität der SVP aus ihrer Funktion als nationalkonservative Protestpartei. Diese Wählerschichten sind für eine Anti-Establishment-Vorlage, als welche die Volkswahl des Bundesrats durch die SVP beworben wurde, vergleichsweise empfänglich. Anders ist dies in den traditionellen SVP-Hochburgen, wo die SVP-Dominanz – und ihre Wählerschaft – noch aus einer Zeit stammt, als sie selbst eine behäbige, fraglos staatstragende Establishment-Partei war.⁴

Haltung zum Asylgesetz primär ideologisch motiviert

Wie Grafik 3 zeigt, spielt für die Zustimmung zur Revision des Asylgesetzes nur die politisch-ideologische Ausrichtung der Gemeinden eine Rolle, die Effekte der soziodemographischen Variablen sind schwach und auch nicht signifikant

Grafik 3: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Asylgesetzrevision Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Asylgesetzrevision, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 39%



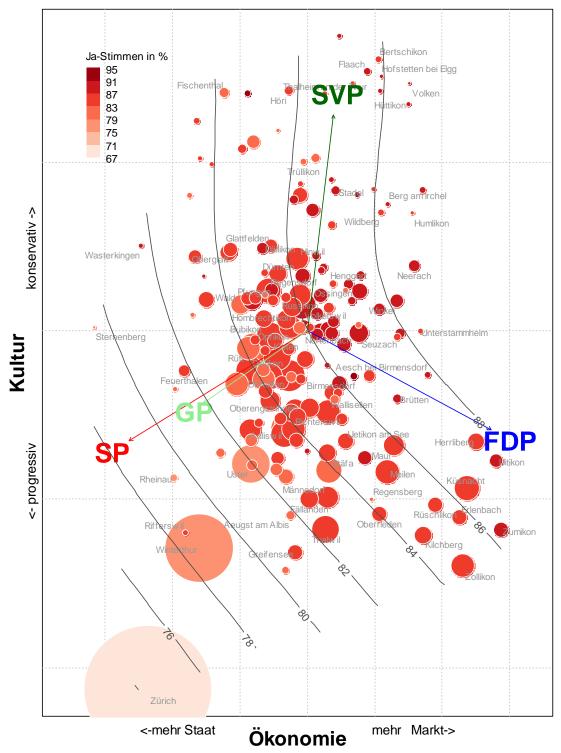
Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Asylgesetzrevision. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die "Img"-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz "erklärt", würde die Gemeinderesultate fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist. Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

_

⁴ Um diese Hypothese zu testen, haben wir eine Regression des Ja-Stimmenanteils auf den SVP-Wähleranteil ergänzt durch eine Variable, welche die Veränderung es SVP-Wähleranteils von 1987 bis 2011 beschreibt. Dies unter der Annahme, dass ein starkes Wachstum der SVP ein Indiz für einen hohen Anteil Wähler der "neuen" SVP darstellt. Der Parameter dieser Variable hat einerseits das richtige Vorzeichen (nämlich positiv, d.h. je stärker das Wachstum, desto höher ceteris paribus der Ja-Stimmenanteil für die Volkswahl des Bundesrates), und er ist andererseits auf dem 99%-Niveau signifikant. Weil die SVP besonders in den urbanen Gebieten zulegte (in ihren Stammlanden hat der Wähleranteil der SVP teilweise sogar etwas abgenommen), könnte dies auch erklären, weshalb im Standardmodell von Grafik 1 der Parameter der Variable "Urbanität" signifikant und positiv ist – wenn auch von unbedeutender Effektstärke.

Auch wenn die Erklärungskraft unseres Standardmodells mit einem R² von 0.39 nicht eben hoch ist, zeigen beide Konfliktdimensionen der politischen Landkarte (siehe Grafik 4) effektstarke und statistisch signifikante Zusammenhänge mit dem Ja-Stimmenanteil zur Asylgesetzrevision.

Grafik 4: Zustimmung zur Asylgesetzrevision in der politischen Landkarte Ja-Stimmenanteile der Asylgesetzrevision in %



Lesehilfe: In der Grafik ist der Ja-Stimmenanteil einerseits durch die Blasenfärbung dargestellt, andererseits aber, stark vereinfacht, wie in einer geographischen Karte durch "Höhenkurven", die auf einem "Generalisierten Additiven Modell" (GAM) beruhen. Die Parteipfeile zeigen in Richtung zunehmenden Wähleranteils im Koordinatensystem der politischen Landkarte.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

In Grafik 4 ist die Zustimmung deshalb in der rechten oberen, der "bürgerlichen", Ecke tendenziell am höchsten, in der "linken" Ecke unten am niedrigsten. Parteimässig kann man davon ausgehen, dass bei dieser Vorlage die trennende Kluft zwischen den Wählerschaften der FDP und der SVP einerseits und derjenigen der SP und der Grünen andererseits verlief. Die Resultate der Aggregatsdatenanalyse replizieren also das aus den Trendbefragungen im Vorfeld bereits bekannte Konfliktmuster (siehe gfs 2013).

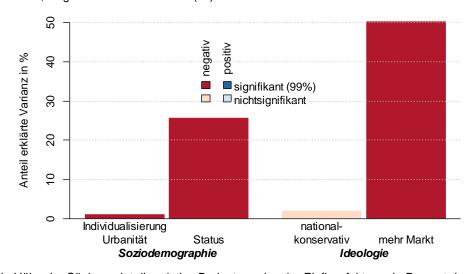
Die Dominanz der ideologischen Erklärungsfaktoren zieht sich wie ein roter Faden durch die Konstellation der Gemeindeergebnisse aller Abstimmungen über das Asylwesen, die zu den Fixpunkten des eidgenössischen Politbetriebs der vergangenen dreissig Jahre gehören (Insgesamt wurde seit der Einführung des geltenden Asylgesetzes 1981 bereits fünfmal über eine Revision abgestimmt). Die Polarisierung auf Parteienebene war dabei stets dieselbe: Die Linksparteien stehen den Bürgerlichen geschlossen gegenüber.

Bonzensteuer: Akzeptanz abhängig von Wirtschaftsideologie und Status

Der Grad der Zustimmung zur Bonzensteuer-Initiative der JUSO lässt sich gemäss Grafik 5 zu einem erheblichen Teil durch die ideologische Ausrichtung der Gemeinden bzw. ihrer Stimmbürger erklären. Ziemlich genau die Hälfte der Gesamtvarianz erklärt der Gegensatz zwischen den Umverteilungsbefürwortern und den Staatsskeptikern – und damit im Parteiensystem die Opposition zwischen den Wählerschaften der Linksparteien und jenen der FDP.

Regional ist dieses Muster am scharfen Gegensatz zwischen der Stadt Zürich und den stadtnahen Goldküstengemeinden zu erkennen. Auch diesmal kontrastieren die Abstimmungsresultate (sieht man einmal vom Gewohnheits-Ausreisser Sternenberg ab, der leider fusionsbedingt bald der Vergangenheit angehören wird) in dieser Gegend am stärksten: 48% Ja in der Stadt Zürich kontrastieren mit 15% Zustimmung in Zumikon.

Grafik 5: Einflussfaktoren der Zustimmung zum zur Bonzensteuer Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Bonzensteuer, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R²) = 83%



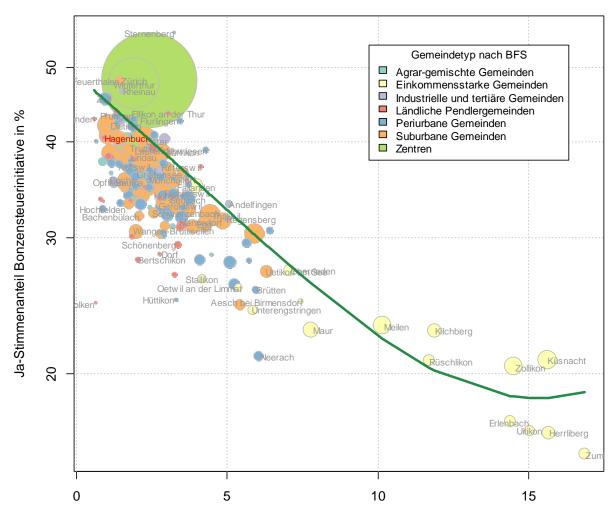
Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Bonzensteuer-Initiative. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die "Img"-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz "erklärt", würde die Gemeinderesultate fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang positiv (je mehr, desto mehr) oder negativ (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist. Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Überlagert wird diese ideologischen Spaltung aber durch eine soziodemographische, nämlich den Status. Je höher der Status, desto geringer die Zustimmung zur Bonzensteuer.

Da es um Steuern, genauer um die höhere Belastung grosser Vermögen, ging, kann man den etwas abstrakten "Status"⁵ in diesem Fall wohl auf einen zentralen Aspekt reduzieren: den finanziellen Wohlstand.

Grafik 6 zeigt deshalb den Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur Bonzensteuerinitiative und dem Anteil der Steuerpflichtigen in einer Gemeinde, die ein Vermögen von mehr als zwei Millionen Franken versteuern. Ab diesem Schwellenwert hätte die Progression der Vermögenssteuer im Vergleich zu heute stark zugenommen, wäre die Initiative angenommen und umgesetzt worden.

Grafik 6: Anteil Doppelmillionäre und Zustimmung zur Bonzensteuer Anteil Steuerpflichtige mit mehr als 2 Millionen Franken Vermögen gemäss Bundessteuerstatistik 2010; Ja-Stimmenanteil der Bonzensteuer-Initiative in %.



Anteil Steuerpflichtige mit mehr als 2 Mio. Vermögen in %

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Der Zusammenhang zwischen den Vermögensverhältnissen der Bewohner einer Gemeinde (die man mit demselben Resultat auch anders messen könnte) und dem Ja-Stimmenanteil ist offenkundig. Man kann es auch so sagen: In den Goldküstengemeinden, an der unteren Pfnüselküste (in Kilchberg und in Rüschlikon) sowie in Uitikon, dort also, wo mehr als jeder zehnte Steuerpflichtige ein Vermögen der fraglichen Grössenordnung versteuert, liegt der Ja-Stimmenanteil zur Initiative bei 20%. In den Gemeinden am anderen Ende der Skala,

⁵ Die Modellvariable "Status" enthält neben dem finanziellen Aspekt, der durch das steuerbare Medianeinkommen in einer Gemeinde erfasst wird, auch einen Bildungsindikator, den Mittelschüleranteil (siehe Moser 2009, Fussnote 2).

dort wo nur jeder vierzigste mehr als zwei Millionen Franken "auf dem Konto" hat, liegt die Zustimmung bei 43%.

In Hagenbuch gehört sogar nur jeder hundertste zu dieser "Bonzenklasse". Es ist zu vermuten, dass dies zu einem guten Teil erklärt, weshalb die klassenkämpferische Initiative der JUSO dort sogar etwas besser abschnitt, als die institutionskritische der eigenen Schweizerischen Volkspartei.

Literatur

gfs (2013). Trendanalyse gfs.bern zur Abstimmung vom 09. Juni 2013 im Auftrag der SRG SSR.

Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. The American Statistician 61, 139-147.

Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. The American Statistician 63, 308-319.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. statistik.info 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. statistik.info 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser, Peter (2011a). "Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert". Neue Zürcher Zeitung, 8.3.2011.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser Newsletter "NewsStat" informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser Telefon: 043 259 75 35

E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich Schöntalstrasse 5 8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2013 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.